



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe Juni 2006 - II

Inhalt:

1. Corina braucht Hilfe
2. Föderalismuskonferenz am 22.06.06 in Berlin
3. Landtagswahl-Nachlese
4. Weniger sozialversicherte Erwerbstätige in RP
5. EU will Betrug bekämpfen
6. Die Rolle von sichtbarer Polizei bei Kriminalitätsfurcht
7. Bolkestein-Hammer durch die Hintertür
8. Landesdelegiertentag der GdP auf dem Hahn
9. Leserbrief Beförderungen

1. Corina braucht Hilfe



[v.l.n.r.: Udo Fremgen, Ernst Scharbach, Roger Lewentz, Wolfgang Fromm;
Das Foto von Gerd Nahke wurde uns freundlicherweise von Janine Wollbrett,
BILD Rhein-Neckar, zur Verfügung gestellt.]

Die vielfältigen Aufrufe, Corina bei ihrem Kampf gegen den Krebs zu helfen, ist auf enormes Echo gestoßen (s.a. Kurz berichtet Juni 2006 –I). Insgesamt ließen sich bisher über 8.000 Personen, davon etwa die Hälfte aus Polizeikreisen, Blut zur Ty-

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

06131-96009-0 06131-96009-99

GdP LB Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55126 Mainz
V.i.S.d.P.: Ernst Scharbach



pisierung entnehmen. Der neue Staatssekretär im Innenministerium **Roger Lewentz** nahm wie selbstverständlich an der Blutentnahme-Aktion im Polizeipräsidium Ludwigshafen teil. Auch der Landesvorsitzende der GdP **Ernst Scharbach** spendete Blut – und überbrachte dem Organisator der Aktion **Udo Fremgen** einen Scheck über 1.000 €

Auch **Roger Lewentz**, Ministerpräsident **Kurt Beck** und weitere Persönlichkeiten halfen mit Geldspenden weiter. Die Anteilnahme bei den Blutspenden war so groß, dass dringend um weitere Geldspenden gebeten wird, damit die angefallenen und weiter anfallenden Kosten für die Typisierungen –jede für sich kostet 60 €– weiter gehen kann.

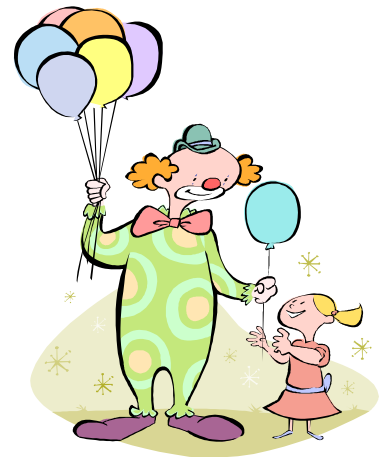
Spendenkonto: VR-Bank Rülzheim
Kto: 107 568 290
BLZ: 548 625 00

2. Föderalismuskonferenz am 22.06.06 in Berlin

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Deutsche Beamtenbund (dbb) veranstalteten am 22.06.06 eine gemeinsame Föderalismuskonferenz in Berlin. Die Konferenz befasste sich mit der geplanten Föderalismusreform und seinen möglichen Auswirkungen auf das Dienstrecht. Ziel der Veranstaltung war es, Veränderungen bei der geplanten Föderalisierung des Beamtenrechts zu erreichen. Als Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren deshalb Bundestagsabgeordnete sowie die Fraktionsvorsitzenden der Landesparlamente eingeladen.

Gesprächsteilnehmer war auch Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher. Genscher war als ehemaliger Bundesinnenminister maßgeblich an der Schaffung bundeseinheitlich geltender Regelungen im Dienstrecht beteiligt.

Ernst Scharbach: „Dieser Teil der ‚Reform‘ ist an Clownerie kaum zu überbieten. Die Pharisäer beklagen sich auf der einen Seite, die Länder hätten nicht genug Geld, kürzen fleißig beim Personal – und bauen nun völlig neue Strukturen auf, um das Laufbahnrecht, die Besoldung und die Versorgung in den Ländern 16 mal neu zu ‚erfinden‘. Gerade die Föderalisierung des Versammlungsrechts wird es uns Polizisten in Zukunft bei länderübergreifenden Einsätzen noch schwerer machen. Nach den letzten Meldungen der Presse besteht aber wohl keine Hoffnung mehr, diesen Unsinn abzuwenden.“



3. Landtagswahl-Nachlese

Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler, die bei der Landtagswahl im März 2006 ungültige Stimmen abgaben, wählte bewusst ungültig. Das hat eine Untersuchung des Statistischen Landesamtes ergeben, die in der Juni-Ausgabe der Statistischen Monatshefte veröffentlicht ist. Nur etwa 9 Prozent aller ungültigen Stimmen wurden unbeabsichtigt ungültig abgegeben, in 91 Prozent der Fälle war es eine bewusste Entscheidung.



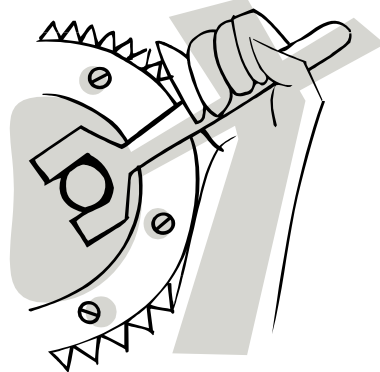
Am häufigsten wurden die ungültigen Stimmen in Form von leeren oder durchgestrichenen Stimmzetteln abgegeben. Ein kleiner Teil der Stimmzettel enthielt Kommentierungen. In einigen Kommentaren wurde explizit die Enttäuschung der jeweiligen Person als Grund für die ungültige Stimmabgabe genannt. So klagten einige Wähler, kein Vertrauen mehr in die Politik zu haben und von allen Parteien enttäuscht zu sein. Es gibt bestimmte Themen, die die Wählerinnen und Wähler besonders beschäftigen. Am bedeutendsten sind die Nullrunden bei der Rente; dieses Thema wurde von den älteren Wählerinnen und Wählern - die davon unmittelbar betroffen sind - häufig angesprochen. Einige Wählerinnen und Wähler schrieben auf ihren Stimmzetteln, dass sie erst dann wieder bereit seien gültige Stimmen abzugeben, wenn die Rente erhöht werde.



Insgesamt waren bei der Landtagswahl im März 3,3 Prozent der Wahlkreisstimmen und 2,1 Prozent der Landesstimmen ungültig; das entspricht in etwa dem Durchschnitt seit Einführung des Zweistimmen-Wahlrechts im Jahr 1991.

4. Weniger sozialversicherte Erwerbstätige in RP

Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises »Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder« hatten im ersten Quartal 2006 rund 1,761 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt um knapp 1.000 oder 0,1 Prozent. Positive Impulse kamen im ersten Quartal aus den Dienstleistungsbereichen, während die Beschäftigung im produzierenden Gewerbe im Vorjahresvergleich weiter zurückging, bedingt vor allem durch Abbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse.



5. EU will Betrug bekämpfen

Endlich: Die EU-Kommission hat die EU-Staaten aufgefordert, sich für ein gemeinsames Verfahren zur Eintreibung der Umsatzsteuer zu entscheiden. Schätzungen zu Folge beläuft sich der Steuer-Schaden jährlich auf 60 Milliarden (!) Euro. Über erfundene Lieferketten bereichert sich die Organisierte Kriminalität durch so genannte Karussellgeschäfte. Das System der Mehrwertsteuern sollte komplett umgekrempelt werden. Die Mehrwertsteuersätze sollten an gemeinsame Standards angepasst werden. Die Berliner Große Koalition setzt sich für das Reverse-Charge-Modell ein. Die Mehrwertsteuer würde nur noch bei der Abgabe der Ware an den Endverbraucher erhoben. Der Zwischenhandel bliebe steuerfrei und das größte Betrugloch wäre endlich gestopft.



Es ist höchste Zeit, dass die Staatfinanzen europaweit auf solide Füße gestellt wer-



den. Alles andere führt nur zu weiterem Steuer- und Abgaben-Dumping zu Lasten der ‚ehrlichen‘ Nationalstaaten und in der Folge zum Ausbluten der öffentlichen Dienste.

6. Die Rolle von sichtbarer Polizei bei Kriminalitätsfurcht

Ein Modell über den Zusammenhang der Sichtbarkeit von Polizeibeamten und Kriminalitätsfurcht wurde in Finnland vorgestellt.

Bürger, die die Polizei häufiger bei Fußstreifen beobachten konnten, äußerten weniger Furcht von Eigentumsdelikten als Personen, die Polizeibeamte in Autostreifen wahrnahmen. Unter den Jugendlichen zeigte sich der gleiche Effekt in Bezug auf Personendelikte. Bei Erwachsenen und Jugendlichen führte die Wahrnehmung von Autostreifen zu höheren Werten sowohl bei Personen- wie bei Eigentumsdelikten. Diese Ergebnisse zeigen, dass eine einfache Tätigkeit der Polizei, wie Streifenfahrten und das gelegentliche Aussteigen aus dem Fahrzeug (d.h. nicht nur bei kriminellen Vergehen) einen positiven Einfluss auf die Kriminalitätsfurcht in der Öffentlichkeit haben kann.

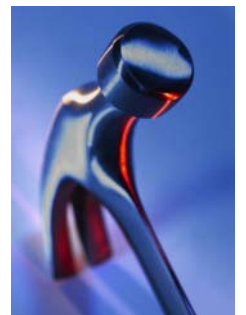


Salmi, S., Grönroos, M., and Keskinen, E., The role of police visibility in fear of crime in Finland. In: Policing: An International Journal of Police Strategies and Management

Quelle: Polizei-Newsletter

7. Bolkestein-Hammer durch die Hintertür

Nach den großen Demonstrationen in Straßburg wurde die Bolkestein-Richtlinie offiziell ‚entschärft‘ und z.B. das Herkunftslandsprinzip gestrichen. Allem Anschein nach waren die Ankündigungen aus Brüssel aber nur ein Placebo als Reaktion auf die Proteste. Zwar sollen die Bestimmungen des Landes gelten, in dem die Dienstleistung erbracht wird – aber die Kontrollmöglichkeiten wurden so eingeschränkt, dass die heimischen Bestimmungen kaum zu kontrollieren sind. Dies hat eine Auswertung der geänderten Texte durch den DGB West ergeben. **Ernst Scharbach:** „*Unsere Proteste gegen Dumpinglöhne und das Schleifen von Sozial- und Umweltstandards sind mitnichten zu Ende. Wir dürfen in unserem Engagement über den Europäischen Gewerkschaftsbund und EuroCOP nicht nachlassen!*“



8. Landesdelegiertentag der GdP auf dem Hahn

Die Vorbereitungen für den Landesdelegiertentag sind fast abgeschlossen.

Am 12. Juli kommt nachmittags Innenminister **Karl Peter Bruch**. Er wird über die künftigen Entwicklungen in der rheinland-pfälzischen Polizei berichten.

Anschließend wird das Thema betriebliche Gesundheitsförderung, begleitet von Fachvorträgen, behandelt.

Am 13. Juli hält **Dr. Erhard Eppler** nachmittags einen Vortrag zu dem Thema



„Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt – Auslaufmodell Staat“, gefolgt von dem Vortrag von **Konny Feiberg** unter dem Titel „Bedrohung des Gewaltmonopols in Europa“. An der anschließenden Diskussion nehmen Staatssekretär **Roger Le-wentz**, GdP-Bundesvorsitzender **Konny Feiberg**, **Dr. Erhard Eppler** und **Ernst Scharbach** teil.

Alle Mitglieder der GdP sind herzlich eingeladen!

9. Leserbrief Beförderungen

Lieber Ernst,

im Kurz berichtet Juni I schildert ein Kollege seine Erfahrungen nach Absolvieren des 20. Stg.

So was ist in ähnlicher Form auch mir widerfahren.

Von daher bin ich dankbar, dass der Brief des Kollegen abgedruckt wurde!

Ich bleibe auch in der GdP!

Ich bitte Euch alle im Personalrat, Euch weiterhin dafür stark zu machen, dass der 20. Stg. endlich eine Gleichbehandlung bei den Beförderungen erfährt, zumal ja die Hälfte schon zwei Jahre später POK geworden ist.

Diese "Willkür" - anders kann ich das nicht nennen - trägt nicht zu einer hohen Motivation aller neg. Betroffenen bei!

Nicht desto weniger bin ich weiterhin gern Polizist "und esse auch die teurer ge-wordene Butter weiterhin".

Mit solidarischem Gruß

Michael Krausch

Auto kaufen?

Verreisen?

PSW 06131/96009-23 oder -31

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www").

v.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de